

# Dresdner Volkszeitung

Hofbuchdruckerei: Dresden  
Saben & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werkstätige Volk**

Vertrieb: Geb. Krosch, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abzugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen  
Nach der "Arb. u. Zeit." für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komparillzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für ausserordentliche An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangeben  
40 Proz. Rabatt. Für Belegüberlegung 10 Pf.

Nr. 58

Dresden, Mittwoch den 10. März 1926

37. Jahrg.

## Die Meuterei in den Mittelparteien

Wachsende Rebellion in der Zentrumsarbeitserschaft — Professor Schilling für das Volksbegehren

Weder die Demokraten noch die Zentrumsarbeiter sind gewillt, den Aufforderungen der demokratischen und der Zentrumsarbeitserschaft zu folgen, die Nichtbeteiligung am Volksbegehren zu verlangen. In den Reihen der Zentrumsarbeiter herrscht offene Rebellion. Die katholischen Arbeitervereine fassen Beschlüsse für die Eingekerkelung. Die Eingekerkelungsbewegung unter den christlichen Arbeitern ist voll im Gange.

Demokratische Ortsvereine fordern ihre Anhänger auf, trotz der Entschliessung der demokratischen Parteileitung sich in die Listen einzutragen. Ein Teil der großen demokratischen Presse gibt den Ansichten der Demokraten Raum, die für das Volksbegehren eintreten. Eine öffentliche Versammlung der Deutschdemokratischen Partei in Gross Frankfurt hat nach einem Referat von Professor Schilling eine Entschliessung gefasst, in der es heisst:

„Das erreichte Kompromiss bedeutet zweifellos einen grossen Fortschritt; aber trotzdem ist die Volksbewegung des Volksbegehrens zu unerfüllbar, um weiteres zu erwarten. Deshalb empfiehlt die Versammlung die Unterzeichnung des Volksbegehrens.“

Eine ähnliche Entschliessung hat die Mitgliederversammlung der Demokraten in Spandau gefasst.

Die Tägliche Rundschau, zu 30 Prozent deutsch-nationalistisch, zu 70 Prozent deutschnational, ist über das Verhalten der Disziplin der Anhänger von Zentrum und Demokraten gegenüber den Versuchen der Reichstagsopposition in große Erregung geraten. Sie betont, dass die Entschliessungen der demokratischen Ortsvereine den Beschlüssen, unter denen „das sonst in vielen Punkten sehr wertvolle Kompromiss“ abgeschlossen worden sei, widerstreichen. Sie verbindet damit einen heftigen persönlichen Angriff gegen Professor Schilling und gegen die demokratische Partei überhaupt, von der sie behauptet, dass sie nie jeder Gelegenheit über die Verfassung zur Tagesordnung übergehe. In diesem Zusammenhang spricht sie von einem betrüblichen Einfluss in der demokratischen Partei.

Diese Beschimpfungen der demokratischen Partei durch die Tägliche Rundschau, ein dem neuen Kompromiss beteiligter Regierungspartei gehört, wird die Demokraten im

Landes nun erst recht in ihrer Stellungnahme für das Volksbegehren und für das Recht des Volkes beharren.

### Was die Germania veröffentlichen muss!

SPD, Berlin, 10. März. (Eigener Fundbruch.) Die Germania veröffentlicht am Mittwoch morgen die Zuschrift einer Zentrumsarbeitserschaft zur Haltung der Zentrumsfraktion gegenüber dem Volksbegehren: „Gewiss, ich werde der Parole der einmütig erfolgten Kundgebung der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages Folge leisten“, erklärt diese Zentrumsarbeitserschaft, „aber, das muss ich offen zugeben — diesmal wird es mir schwer, der Parole der Parteileitung zu folgen. Zunächst ist diese Haltung gewiss und Bestandhaftigkeit notwendig, aber wo bleibt die fürstliche Gegenseite? So hoch, dass sie Parteigrenzen und Parteiparolen hinwegzuschieben drohen, könnten die Wogen der Erbitterung über die massigen Forderungen der Fürsten doch nur gehen, weil von der Seite dieser Fürsten — fast ausnahmslos — keinerlei fürstliche Gesinnung in der Aufnahmefähigkeit erfolgt. Unsere Eltern waren wohlhabend, unsere Verwandten auch, zum Teil sogar nach Weltkriegsbeginn reich. Wir sind alle arm geworden.“

### Um das Abfindungskompromiss

Die Bayerische Volkspartei macht nicht mit!  
D. Berlin, 10. März. (Eig. Fundbruch.) Die bürgerlichen Mittelparteien haben Dienstag abend zu dem neuen Entwurf des Kompromisses in der Fürstenabfindung in Fraktionsversammlungen Stellung genommen. Nach ziemlich schwierigen Beratungen hat die Deutsche Volkspartei beschlossen, grundsätzlich dem Entwurf, wie er nunmehr nach Überprüfung durch das Reichsjustizministerium vorliegt, zuzustimmen. Die Bayerische Volkspartei ist jedoch zu keinem Beschluss gekommen, einfach deshalb, weil sie offenbar auf eine Annäherung aus München dem neuen Kompromiss ihre Zustimmung nicht geben will. Springt aber die Bayerische Volkspartei ab, dann hat der neue Entwurf überhaupt keine parlamentarische Mehrheit mehr. Diese Haltung der Bayerischen Volkspartei birgt die Gefahr in sich, dass die Regierungsparteien sich nicht einmal über eine Verbesserung der unzulänglichen Beschlüsse des Reichstages einig werden können. Das Volk hat das Wort: **Eingzeichnen!**

## Das „königliche Blut“

Von Margarete Siegmund

Ein Kreisbauernführer der feudalen Zeit stand stramm und salutiert, als die königliche Equipage vorbeifuhr, in der niemand sah als nur die Amme mit dem neugeborenen Königskind auf den Armen.

Der Kreisbauernführer freizügliche Töchter, gemohnt, ihren Vater als etwas besonders Hohes anzusehen, wunderten sich über diese Ehrerbietung des bejahrten Würdenträgers vor einem Säugling. Der Vater belehrte sie stolz: „Ich grüß das königliche Blut“.

Königliches Blut, kaiserliches Blut, fürstliches Blut... Das ist die Suggestion, mit der man jahrhundertlang die Völker gegängelt hat. Blut von Gottes Gnade! Etwas so Besonderes, das man davon nur in Erfurth erschauern und für jeden Fußtritt dankbar sein konnte, den einem die Träger dieses besonderen Saftes zu versehen geruheten. So ist erklärbar, was die Völker und die einzelnen sich von hohen und höchsten Fürsten gefallen ließen; erklärbar, dass noch heute, in der Zeit der großen Not der breiten Volkstriebe, viele Menschen die Annahme nicht erkennen, die in den Forderungen der Fürsten liegt. Eher soll das ganze Volk hungern, als dass den Fürsten, obgleich sie ja gar keine Fürsten mehr sind, etwas verjagt werden darf!

Aber was ist denn das, königliches oder fürstliches Blut? Die ganze Medizin, die ganze Naturwissenschaft kennt Dergleichen nicht. Sie kennt nur Blut, und das ist derselbe rote Saft, der durch die Adern der Proleten und durch die von Majestäten und Durchlauchten fließt. Chemisch und anatomisch genau derselbe und in der Funktion genau derselbe. Unsere Knochen sind nicht anders als ihre, ihre Muskeln genau wie die untern. Höchstens sind sie schwächer; aber das ist Sache der Uebung. Wir haben keinen Grund, fürstliche Muskeln deshalb zu schätzen, weil sie schwächer sind. Wir empfehlen als gutes Heilmittel die Arbeit.

Blut, Knochen, Muskeln, Körperorgane, alles daselbe; denselben Bedürfnissen unterworfen, von denselben Krankheiten bedroht. Keinem Vagabunden ist von der allmächtigen Natur eine Ehrfurcht vor „königlichem“ Blut mitgegeben; im Gegenteil. Es ist möglich, dass eine ärztliche Statistik, die den fürstlichen Stand besonders aufführt, bei den Syphilistifern ihn — einmal mit Recht — an erste Stelle setzen dürfte. Aber zeitigt etwa ihr Gehirn, obgleich chemisch und anatomisch dieselbe Masse wie das untern, besonders herrliche Geistesblüten? Etwas, das den Völkern zum Leben unentbehrlich ist? Offenbar auch nicht, denn wir leben seit acht Jahren ohne ihre „Führung“, und haben sie noch nie entbehrt. Man kann ruhig behaupten, dass, wenn heute alle Könige, Kaiser und Fürsten, die auf Erden noch leben, stürben, die Welt sich morgen darum nicht schlechter befinden würde.

Wie schrieb Graf Manteuffel (1735), der sie aus eigener Anschauung und Erfahrung kennen musste?

„Deutschland wimmelt von Fürsten, von denen drei Viertel kaum einen gesunden Verstand haben und die Schmach und Geißel der Menschheit darstellen. So klein ihre Länder sind, sie bilden sich doch ein, das Volk sei für sie geschaffen. Um ihren Allernstlichkeiten als Gegenstand zu dienen. Ihre bloße Geburt als Zentrum allen Verdienstes betrachtend, halten sie die Mühe, ihren Geist und ihr Herz zu bilden, für überflüssig oder unter ihrer Würde...“

Also auch keine hervorragende Gehirnfunktion! Und am Ende verfällt alles in Aids, der König wie der Bettler; der Fürst wie der proletarische Arbeiter. Weg endlich mit allen Untertanen-Suggestionen, mit allen solchen Paraffen! Wir haben höhere Pflichten, als Fürsten mit Milliarden abzufinden, die kein anderes Verdienst haben als das, geboren worden zu sein. Dieses „Verdienst“ teilen wir ja auch mit ihnen. Wir haben die höhere Pflicht, Wissen und Geseh der Natur zu erkennen; sie legt uns auf, für jene zu sorgen, die uns naheleben; für jene, ohne deren Arbeit die Welt nicht existieren könnte. Für unsere arbeitenden Brüder und Schwestern, und für die Alten und Kranken, die nicht mehr können.

## Hergt für das Volksbegehren

Im Jahre 1910 erstattete der damalige Justizminister Hergt anlässlich von Streitigkeiten zwischen der preussischen Regierung und dem Hausministerium der Hohenzollern ein Gutachten, worin

das gesamte Kronvermögen als Staatsvermögen einwandfrei festgestellt

wurde, ebenso der öffentlich-rechtliche Charakter der Kronvermögensgegenstände.

Damals sind auch der Finanzminister Lenz und der Landwirtschaftsminister von Eberlemer diesem Gutachten beigetreten. Selbst das Hausministerium des Königs erkannte damals an, dass das königliche Haus das Kronvermögen als Eigentum mit in Anspruch nehmen kann, sofern und solange es die Krone trägt.

Als Generalreferent des Finanzministeriums stimmte damals — Herr Hergt, heute einer der Führer der Deutschnationalen — dem Gutachten ausdrücklich zu.

Da Herr Hergt eine Heberzeugung hat, ist anzunehmen, dass er das Volksbegehren für recht und begründet hält. Denn das Volksbegehren will ja nichts anderes, als das Vermögen der Fürsten zum Staatsvermögen zu erklären, nachdem sie nun die Krone verloren haben.

## Die neue Regierung Briand

Weiteres Abgleiten von Links nach der Mitte — Die Sozialisten bleiben in Opposition

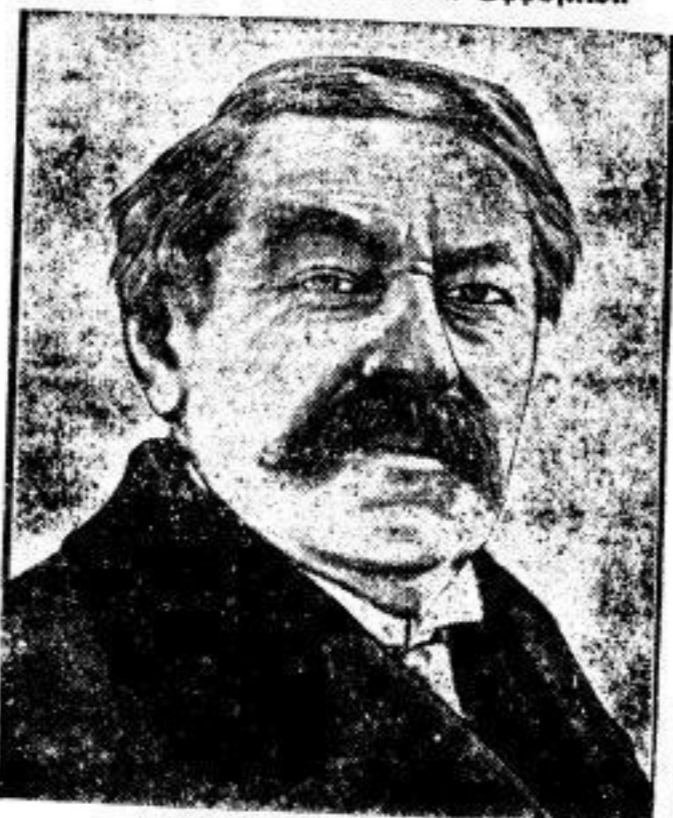
P. Paris, 10. März. (Eig. Fundbruch.) Die Regierungsbildung ist baldigst. Der Präsident der Republik hatte zunächst Herrriot die Kandidatur der neuen Regierung angeboten. Dieser hatte jedoch abgelehnt mit der Begründung, dass unter den gegebenen Umständen und besonders mit Rücksicht auf die Verhandlungen in Genf mit Briand als Ministerpräsident in Frage kommen könnte. Darauf hat Briand geantwortet, trotzdem er nach einige Stunden vorher abgelehnt hatte. Er ging sofort an die Regierungsbildung.

P. Paris, 10. März. (Eig. Fundbruch.) Das neue Ministerium Briand ist gebildet. Briand hat nach dem Laufe der Nacht seine Besprechungen beendet und das neue Kabinett gegen zwei Uhr morgens dem Präsidenten der Republik überreicht. Es setzt sich zum größten Teil aus Mitgliedern der mittleren Regierung zusammen. Nur drei Ministerien haben den Inhaber erhalten. Briand hat außer dem Finanzminister Lemoine den Justizminister Renault und den Innenminister Doumergue, die beide dem linken Flügel der radikal-sozialen Partei angehören, und die gegen die sozialistischen Finanzziele gestimmt hatten, ausgewählt. Der Unterrichtsminister Daladier hat unter diesen Umständen den Eintritt in das neue Ministerium abgelehnt. Die entscheidenden Minister wurden von Briand erst durch Renault, der das Finanzministerium übernommen hat, ferner durch den Präsidenten und den Reichspräsidenten der Finanzkommissionen Kailsh und Lamoureux, von denen ersteres das Finanzministerium, letzteres das Unterrichtsministerium erhalten hat.

Parteilosigkeit fehlt bei dem neuen Kabinett zusammen aus Mitgliedern der demokratischen Linken des Senats, zwei Radikalen, drei republikanischen Sozialisten, einem unabhängigen Radikalen (Kailsh), zwei Mitgliedern der radikalen Linken und zwei Radikalen.

Wenn auch parteilos ist das neue Ministerium gegenüber dem Sozialismus, so bedeutet doch das Ausscheiden der ausgesprochenen Sozialisten Daladier, Chautemps und Renault, die die Richtung des Kabinetts, eine weitere Verschiebung des Schwerpunktes nach den Mittelgruppen. Die Parteipolitik hat dadurch eine neue Wendung erfahren. Das dringt auch der Sozialisten bereits sehr zu Ausbruch, der gegen die Aufschaffung der Kartell-Verträge protestiert. „Wenn diese“, fährt er fort, „auch durchgesetzt werden, werden deren Namen allgemein Vertrauen verlieren, so ist doch der Unterschied der, dass die von Briand ausgesetzten Minister feiner mit ausdrücklicher Zustimmung ihrer in das Kabinett eingetreten sind, was bei ihren Nachfolgern der Fall ist.“

Die Sozialisten verbarren zunächst in Opposition, da sie sehen müssen, welche Finanzpolitik der neue Finanzminister betreiben wird. Da das Landestrotz nicht mehr existiert, haben sie volle Handlungsfreiheit.



Briand zum achten Male Minister

Raymond Poincaré, der französische Ministerpräsident und Außenminister, war bei einer finanzpolitischen Abstimmung der Kammer in der Minderheit geblieben und darauf zurückgetreten. Damit hatte auch das achte Kabinett Briand ein Ende gefunden. Der alte Parlamentarier gehört zu den bekanntesten Politikern der französischen Republik. Er ist 63 Jahre alt, war Abgeordneter, seit 1902 als unabhängiger Sozialist Abgeordneter, führte als Außenminister vor 30 Jahren die Trennung zwischen Staat und Kirche durch und entwarf sich als Ministerpräsident 1901/11 mit seinen Parteigenossen. In den nächsten Jahren, auch während des Krieges, war Briand wiederholt Ministerpräsident oder Minister und hat als solcher im Vorjahre durch den Locarnovertrag wohl seine beste politische Tat durchgeführt.